

Article by an MPIFG researcher

Uwe Schimank: Haben Professoren weniger Zeit für die Forschung? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Deutschland.
In: Forschung & Lehre (12), 687-688 (1995). Deutscher Hochschulverband

UWE SCHIMANK

Haben Professoren weniger Zeit für die Forschung?

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Deutschland

96 12063
Max-Planck-Institut
für Gesellschaftsforschung

Bibliothek

PLA-3137

DU 118277

Entgegen verbreiteten Annahmen hat die zunehmende Lehrbelastung auf seiten der Professoren zu keiner zeitlichen Verdrängung der Forschung durch die Lehre geführt. Dennoch sind viele Professoren massiv unzufrieden damit, wie wenig Zeit ihnen zum Forschen verbleibt.



Uwe Schimank, Dr. rer. soc.,
Max-Planck-Institut für
Gesellschaftsforschung, Köln

Viele Professoren an den westdeutschen wissenschaftlichen Hochschulen gehen davon aus, daß sich ihre Forschungsbedingungen seit Mitte der siebziger Jahre immer mehr verschlechtern haben. Neben anderen Aspekten wird dabei vor allem auch darauf verwiesen, daß den Professoren aufgrund der enorm gestiegenen Lehrbelastung immer weniger Zeit für Forschungstätigkeiten bleibe. In der Tat scheint dies eine ganz klare Sache zu sein. Denn während die Studentenzahlen in diesem Zeitraum um mehr als zwei Drittel zugenommen haben, stagnierte die Anzahl der Lehrenden; die Professorenzahl ist zumindest bis Anfang der neunziger Jahre sogar leicht zurückgegangen. Die gleiche Anzahl Lehrender mußte also immer mehr Studenten betreuen. Der Schluß auf eine zeitliche Verdrängung der Forschung durch die Lehre stellt sich angesichts dessen als zwingend dar.

Empirische Fakten

Um so überraschender sind die empirischen Fakten, vergleicht man die Ergebnisse einer im Wintersemester 1990/91 durchgeführten Repräsentativbefragung der Professoren mit den Daten der zwei bekannten Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie aus den Wintersemestern 1976/77 und 1983/1984. Die wichtigsten Befunde lassen sich thesenartig wie folgt auflisten:

- Im Durchschnitt konnte ein Professor 1990/91 in 28 Prozent seiner Arbeitszeit Forschungstätigkeiten nachgehen, während die Lehre - einschließlich Studentenbetreuung und Abhalten von Prüfungen - 42 Prozent des Zeitbudgets beanspruchte.

- Hierbei gab es nur geringe Differenzen zwischen den Fächergruppen der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Agrar-, der Natur- und der Ingenieurwissenschaften. Lediglich die Mediziner widmeten sich nur in 24 Prozent ihrer Arbeitszeit der Lehre, wogegen 29 Prozent auf die Patientenversorgung entfiel. Ihr Forschungsanteil entsprach dem allgemeinen Durchschnitt.

- In allen Fächergruppen gab es allerdings eine große Varianz des Zeitbudgets zwischen verschiedenen Professoren. Fast ein Fünftel von ihnen waren, freiwillig oder gezwungenermaßen, Wenigforscher (Forschungsanteil 0-10 Prozent), knapp ein Sechstel hingegen Vielforscher (Forschungsanteil über 40 Prozent).

- In allen Fächergruppen konnten die Professoren den zeitlichen Anteil der Forschung an ihrer Arbeit seit Mitte der siebziger Jahre ausdehnen: im Durchschnitt aller Fächer von 23 Prozent im Jahr 1976/77 auf 28 Prozent im Jahr 1990/91, also um immerhin ein Fünftel (siehe Tabelle).

Wissenschaftsgebiet	Forschungsanteil (in %)		
	1976/77	1983/84	1990/91
Geistes- und Sozialwissenschaften	21	23	25
Agrarwissenschaften	26	25	27
Medizin	23	25	28
Ingenieurwissenschaften	25	28	30
Naturwissenschaften	26	32	30
Gesamt	23	27	28

Gerade der letzte Befund widerspricht eklatant dem, was die Betroffenen, ihre Interessenvertreter in der Hochschulrektorenkonferenz und im Deutschen Hochschulverband ebenso wie die staatlichen Hochschulpolitiker seit Jahr und Tag behaupten bzw. unterstellen. Eine zeitliche Verdrängung der Forschung durch die Lehre hat trotz „Massenuniversität“ auf seiten der Professoren nicht stattgefunden - im Gegenteil! Auch der Anteil der Wenigforscher ist nicht gestiegen. Die Professoren haben es offensichtlich in der Regel verstanden, den zeitlichen Verdrängungsdruck der Lehre auf die Forschung zu

neutralisieren. Ausgiebige Gespräche mit einer Reihe von Professoren unterschiedlicher Fächer sowie andere verfügbare empirische Indikatoren lassen dazu folgende Schlüsse zu:

- Der Verdrängungsdruck konnte kaum durch eine Verlängerung der Arbeitszeit neutralisiert werden. Denn die Professoren arbeiteten bereits 1976/77 durchschnittlich mehr als 60, die forschungsgewandten sogar etwa 70 Wochenstunden. Auch die Reduktion des Zeitanteils von Selbstverwaltung und sonstigen Dienstgeschäften bot nur geringe Möglichkeiten, sich Zeit für die Forschung zu erhalten.

- Den Professoren kam allerdings zugute, daß die effektive Nachfrage nach Lehre nicht im gleichen Maße zunahm wie die Studentenzahlen. Vielmehr wuchs der Anteil der Scheinstudenten, die diesen Status formell aus verschiedenen Gründen behielten, ohne Lehraufträge zu stellen. Man kann schätzen, daß die effektive Lehrauftrag Nachfrage nicht um zwei Drittel, sondern nur um etwa die Hälfte stieg. Hinzu kommt, daß bei einem Teil der Lehre - bei Vorlesungen und bei der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen - der Aufwand der Professoren unabhängig von der Studentenzahl ist.

- In zwei Hinsichten mußten die Professoren dennoch aktiv und oftmals massiv Neutralisierungsstrategien einsetzen, um sich den zeitlichen Freiraum für die Forschung zu erhalten. Zum einen betrieben viele eine „Rationalisierung“ bei der Angebots- und Durchführungsgestaltung ihrer Lehre (u.a. Reduzierung des Vorbereitungsaufwands und der Sprechstundenzeiten, Hebung oder Senkung von Leistungsansprüchen bei Prüfungen und Standardisierung der Prüfungsgestaltung). Zum anderen wälzten die Professoren oftmals Lehrauftragforderungen noch stärker als immer schon auf Mitarbeiter, bis hin zu studentischen Hilfskräften, ab.

Auf diese Weise gelang es den meisten Professoren, den eigenen Zeitanteil für Forschung nicht nur zu halten, sondern sogar zu vergrößern. Dennoch war die Mehrzahl von ihnen unzufrieden damit, wie viel - besser: wie wenig - Zeit ihnen für Forschung blieb. Das diesbezügliche Anspruchsniveau der Professoren war nämlich viel höher. Im Jahr 1990/91 wünschten sie sich durchschnittlich einen Anteil der Forschung am eigenen Zeitbudget von 44 Prozent, also um 16 Prozentpunkte über dem tatsächlichen durchschnittlichen Anteil. „Wollen“ und „Können“ klafften also weit auseinander. Diese Diskrepanz war auch im Zeitverlauf seit Mitte der siebziger Jahre stabil. Es fand also keine Angleichung des Anspruchsniveaus an die Realitäten statt. Sondern die Professoren beharrten darauf, daß die widrigen Verhältnisse bzw. die dafür in hohem Maße verantwortlich gemachten Hochschulpolitiker ihnen die Erfüllung eines rechtmäßigen Anspruchs verweigern.

Modelle für mehr Freiheit

Man könnte annehmen, daß die Professoren angesichts dessen zunehmende Sympathie für alternative Modelle des Verhältnisses von Forschung und Lehre zeigten, die der Forschung mehr Freiraum gewähren könnten. Drei solche Modelle, die sich unterschiedlich radikal von der traditionellen „Einheit von Forschung und Lehre“ trennen, sind immer wieder diskutiert worden und auch in anderen Ländern institutionalisiert: das Modell einer Differenzierung von Lehr- und Forschungsprofessuren, das Modell einer Differenzierung von

primär auf Lehre und primär auf Forschung ausgerichteten Hochschulen sowie das Modell einer weitgehenden Auslagerung der Forschung in außeruniversitäre Einrichtungen wie etwa die Max-Planck-Gesellschaft. Interessanterweise votierte eine Mehrzahl der Professoren sowohl 1976/77 als auch 1990/91 trotz der manifesten Unzufriedenheit für den Status quo. Man findet auch schnell eine Erklärung dafür. Diese Alternativmodelle sind für die Mehrzahl der Professoren eine noch größere Bedrohung ihrer Forschungsmöglichkeiten als der Status quo. Denn jedes dieser Modelle gäbe einer Minderheit der Professoren deutlich bessere Forschungschancen, während die Mehrzahl um so stärker von der Lehre beansprucht wären. Angesichts der Ungewißheit, ob man selbst zu den „happy few“ gehören würde, die sich fortan hauptsächlich der Forschung widmen könnten, hält man dann doch lieber am Status quo als kleinerem Übel fest.

Abwendung vom Status quo

Bemerkenswert ist immerhin, daß sich die Proponenten des Status quo seit Mitte der siebziger Jahre von zwei Drittel auf nur noch die Hälfte der Professoren reduzierten. Es ist also eine zunehmende Abwendung von der traditionellen „Einheit von Forschung und Lehre“ zu verzeichnen. Bereits die knappe Hälfte der Professoren präferiert mittlerweile eine der genannten drei Alternativen. Dabei fällt im Vergleich von 1976/77 und 1990/91 auf: Die gesteigerte Abwendung vom Status quo geht damit einher, daß die Professoren nicht mehr so sehr eine völlige Auslagerung der Forschung aus den Hochschulen befürchten. Diese radikalste Alternative fanden stets nur ganz wenige attraktiv; aber 1976/77 hielt ein Drittel, 1990/91 dagegen nur ein Zehntel der Professoren so etwas für realistisch. Die Anhängerschaft der beiden moderateren, damit auch einer größeren Anzahl von Professoren zugutekommenden Alternativmodelle - Forschungsprofessuren und Forschungshochschulen - wuchs in diesem Zeitraum von 31 Prozent auf 40 Prozent aller Professoren. Aber daß eines von beiden realisiert werden würde, glaubten 1990/91 nur 23 Prozent aller Professoren - im Vergleich zu 43 Prozent im Jahr 1976/77. Auch hieran zeigt sich die tiefe Unzufriedenheit der Professoren mit ihrer Lage. Die Akzeptanz des Status quo hat abgenommen, aber die Hoffnung auf eine nachhaltige Änderung ebenfalls.

Man sollte diese Unzufriedenheit als Hochschulpolitiker nicht bagatellisieren, indem man sich damit beruhigt, daß die meisten Unzufriedenen weder institutionell noch für sich persönlich eine realisierbare Alternative zum Status quo sehen und sich dementsprechend mißmutig in ihn fügen. Denn Unzufriedenheit ist in Tätigkeiten wie Forschung und Lehre, die Kreativität und Engagement erfordern, nicht eben leistungsfördernd und schürt darüber hinaus Konflikte, die die Effizienz des an den Hochschulen Geleisteten mindern. Ob eine Verbreitung von „Dienst nach Vorschrift“ sowie Kleinkriegen unter den Professoren und mit den staatlichen Instanzen nicht bei genauerem Hinschauen und auf längere Sicht teurer kommen als die für eine Entspannung der Lage erforderlichen neuen Stellen, sollte auch bei der bekanntermaßen äußerst schwierigen staatlichen Finanzlage zumindest eine Überlegung wert sein.

Anschrift des Autors

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Lothringer Straße 78
50677 Köln